

Antrag

Hannover, den 17.03.2026

Fraktion der AfD

Arzneimittelsouveränität braucht Rohstoffe und Köpfe - Niedersachsen als Modellregion für resiliente Arzneimittelproduktion aufstellen

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die Sicherstellung einer stabilen, bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Arzneimittelversorgung ist Teil der Daseinsvorsorge und zugleich ein industriepolitischer Standortfaktor ersten Ranges. Die vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, dass Deutschland und die Europäische Union in erheblichem Maße von Drittstaaten - insbesondere China und Indien - bei der Herstellung pharmazeutischer Wirkstoffe (APIs) abhängig sind.¹

Insbesondere bei Antibiotika-Wirkstoffen ist eine starke Importkonzentration festzustellen. Der Anteil chinesischer Antibiotika-APIs an den EU-Importen ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten massiv gestiegen.² Zwischen 60 und 80 % der in Europa verwendeten pharmazeutischen Wirkstoffe stammen aus China und Indien.³

Diese Entwicklung ist nicht allein geopolitisch problematisch, sondern Ergebnis struktureller Fehlreize im europäischen Beschaffungs- und Preissystem. Ausschreibungen orientieren sich regelmäßig ausschließlich am Preis.⁴ Dadurch entsteht ein systematischer Wettbewerbsnachteil für europäische Produktionsstandorte, deren Umwelt-, Sozial- und Qualitätsstandards deutlich höher sind.

Gleichzeitig warnen nationale Arzneimittelbehörden und Verbände seit Jahren vor zunehmenden Lieferengpässen. Produktionsrückzüge europäischer Hersteller - etwa bei gängigen Wirkstoffen wie Paracetamol oder Metamizol - verschärfen diese Entwicklung.⁵

Niedersachsen verfügt mit seiner industriellen Basis, Forschungseinrichtungen und mittelständischen Arzneimittelherstellern über das Potenzial, eine führende Rolle bei der Stärkung resilienter Produktionsstrukturen einzunehmen.⁶

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. eine industriepolitische Strategie zur Stärkung pharmazeutischer Wirkstoffproduktion in Niedersachsen vorzulegen, mit dem Ziel, Produktionskapazitäten für kritische Arzneimittel gezielt zu sichern oder neu anzusiedeln,

¹ https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2025/Gutachten_2025-Abhaengigkeiten-China-ProGenerika.pdf; <https://www.reuters.com/business/healthcare-pharmaceuticals/eu-announces-plans-cut-reliance-asia-antibiotics-other-critical-drugs-2025-03-11/>

² <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2023C02/>

³ https://merics.org/sites/default/files/2024-09/14%202024_MERICS%20China%20Essentials%20DE.pdf

⁴ <https://www.wolftheiss.com/insights/die-geplante-eu-verordnung-zum-critical-medicines-act-aus-vergabe-rechtlicher-sicht/>

⁵ <https://www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/detail/pharmazie/2026-start-mit-knapp-550-arzneimittel-engpaessen/#>

⁶ <https://www.pharmadeutschland.de/newsroom/news/gemeinsam-fuer-eine-starke-arzneimittelversorgung-in-niedersachsen/>

2. gemeinsam mit Wirtschaft und Hochschulen ein Fachkräfteprogramm für pharmazeutische Produktion, Wirkstoffchemie und regulatorische Verfahren aufzulegen, um dem Fachkräftemangel in der Branche entgegenzuwirken,⁷
3. die Auswirkungen zusätzlicher regulatorischer Belastungen - insbesondere durch die erweiterte Herstellerverantwortung im Rahmen der EU-Kommunalabwasserrichtlinie - auf die Produktionsstandorte in Niedersachsen transparent darzustellen und sich gegen unverhältnismäßige Standortnachteile einzusetzen,⁸
4. ein regelmäßiges Monitoring zu kritischen Wirkstoffen, Importabhängigkeiten und Lieferengpässen mit spezifischem Niedersachsen-Bezug einzuführen.

Begründung

Die europäische Arzneimittelversorgung ist strukturell verwundbar. Laut einer Analyse der Stiftung Wissenschaft und Politik entfielen im Jahr 2021 rund 79 % der EU-Importe von Antibiotika-APIs (nach Volumen) auf China. Betrachtet man den Wert der Importe, erscheint die Abhängigkeit geringer - tatsächlich verdeckt diese Betrachtung jedoch die reale Mengenkonzentration.

Die EU-Kommission selbst reagiert mit dem geplanten „Critical Medicines Act“, der Lieferkettenrisiken adressieren soll. Gleichzeitig bleibt die praktische Umsetzung problematisch, da nationale Beschaffungsstellen weiterhin unter erheblichem Kostendruck stehen.

Das Mercator Institute for China Studies (MERICS) weist darauf hin, dass chinesische Wirkstoffe im Durchschnitt rund 40 % günstiger sind als europäische. Das deutsche Ausschreibungssystem erlaubt es bislang, den Preis als nahezu alleiniges Zuschlagskriterium zu verwenden. Dies führt zu einer schleichenden Deindustrialisierung im Wirkstoffbereich.

Zugleich warnen Branchenvertreter, dass zusätzliche regulatorische Belastungen - etwa durch die Finanzierung einer vierten Reinigungsstufe in Kläranlagen - die Wirtschaftlichkeit generischer Arzneimittel weiter unter Druck setzen könnten. Generika machen rund 80 % der verordneten Arzneimittel aus, erzielen jedoch nur einen geringen Umsatzanteil. Eine zusätzliche Kostenbelastung kann daher unmittelbare Auswirkungen auf Produktionsentscheidungen haben.

Der Fachkräftemangel verschärft die strukturellen Herausforderungen der Branche zusätzlich.⁷ Die pharmazeutische Produktion erfordert hochqualifiziertes Personal in Wirkstoffchemie, Verfahrenstechnik, Qualitätsmanagement und regulatorischen Prozessen. Bereits heute berichten Unternehmen von erheblichen Rekrutierungsproblemen - insbesondere in spezialisierten naturwissenschaftlich-technischen Berufen.⁷ Fehlende Fachkräfte bremsen Investitionsentscheidungen und erschweren die Sicherung oder Rückverlagerung von Produktionskapazitäten nach Deutschland.

Industrieansiedlung, Wirtschaftsförderung, Fachkräftepolitik und Standortentwicklung fallen in wesentlichen Teilen in die Zuständigkeit der Länder. Niedersachsen kann daher im Rahmen seiner Kompetenzen aktiv zur Stärkung resilienter Produktionsstrukturen beitragen.

Eine Verstaatlichung pharmazeutischer Produktion würde die strukturellen Probleme nicht lösen. Erforderlich sind marktwirtschaftlich tragfähige Rahmenbedingungen, langfristige Planungssicherheit für Unternehmen und gezielte Anreize zur Stärkung des Standorts. Dazu gehören insbesondere eine Diversifizierung der Lieferketten, eine gezielte Förderung bestehender und neuer Produktionskapazitäten, eine spürbare regulatorische Entlastung sowie eine strategisch ausgerichtete Beschaffungspolitik, die neben dem Preis auch die Versorgungssicherheit berücksichtigt.

Die Sicherung pharmazeutischer Produktionskapazitäten ist nicht allein eine wirtschaftspolitische Frage, sondern eine strategische Notwendigkeit. Versorgungssicherheit darf nicht dauerhaft dem reinen Preisdruck untergeordnet werden. Wenn Deutschland und Europa ihre industrielle Basis im Be-

⁷ https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2024/IW-Gutachten_2024-Fachkr%C3%A4ftemangel-Pharmaindustrie.pdf

⁸ https://www.pharmadeutschland.de/index.php?id=1&type=565&file=redakteur_filesystem/public/Pressemitteilungen/20250610_PM_Brief_Gesundheitsministerkonferenz_Anlage_Brief.pdf

reich kritischer Arzneimittel verlieren, drohen strukturelle Abhängigkeiten, die im Krisenfall kaum korrigierbar sind. Niedersachsen hat die Voraussetzungen, hier frühzeitig gegenzusteuern und eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Ziel ist keine Abschottung, sondern der Aufbau strategischer Resilienz im Rahmen einer offenen, wettbewerbsfähigen und eigenständigen industriellen Basis.

Jens-Christoph Brockmann
Parlamentarischer Geschäftsführer